

Migration

Die Zahl

4 Stimmen

von CDU oder FDP braucht der Linke Bodo Ramelow, um Ministerpräsident von Thüringen zu werden. Gegenkandidat ist Björn Höcke. Dass der AfD-Chef die Wahl gewinnt, ist ausgeschlossen. **Ausland**

Letzte Nachrichten

Auch Rentner sollen 13. Monatslohn erhalten

AHV-Rente Nun dürfen für eine 13. AHV-Rente Unterschriften gesammelt werden. Die «Initiative für eine 13. AHV-Rente», wie das Begehren offiziell heisst, ist am Dienstag im Bundesblatt publiziert worden. Hinter der Initiative steht der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Die Initianten fordern, dass AHV-Bezüger «Anspruch auf einen jährlichen Zuschlag in der Höhe eines Zwölftels ihrer jährlichen Rente» haben. Die Sammelfrist wird in eineinhalb Jahren, konkret am 3. September 2021, enden. Offiziell vorstellen will der SGB seine Initiative am Donnerstag an einer Medienkonferenz in Bern. (mg)

Schweiz lieferte deutlich mehr Kriegsmaterial

Export Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat am Dienstag die Zahlen zu den Kriegsmaterialexporten veröffentlicht. Die Branche verzeichnete einen deutlichen Anstieg an Ausfuhren: 2018 beliefen sich die Exporte auf 510 Millionen Franken, im vergangenen Jahr waren es Exporte im Umfang von 728 Millionen Franken. Das entspricht einem Anstieg von 43 Prozent. Die Firmen lieferten an insgesamt 71 verschiedene Länder. Für den Anstieg sind laut dem Seco fünf grössere Geschäfte verantwortlich, welche alle im vergangenen Jahr vonstattengingen. Zum Beispiel mit Dänemark: Das Land bezog Panzer im Wert von 150 Millionen Franken und war damit auch auf Platz eins der Abnehmerländer. (gb)

Gesagt

«Es dürfte einfach sein, einen Impfstoff für Menschen gegen das Corona-Virus zu entwickeln.»



Der Immunologe **Beda Stadler** sieht ein Ansteckungsrisiko auch beim Sprechen. **Kultur & Leben**

Europa will sich nicht erpressen lassen

Die EU schickt ein klares Signal an die Türkei: Griechenland erhält Hunderte Millionen für den Grenzschutz. 2015 soll sich auf keinen Fall wiederholen.

Remo Hess aus Brüssel und Susanne Güsten aus Istanbul

An klaren Worten mangelte es für einmal nicht: «Das ist kein Flüchtlingsproblem. Es ist der offene Versuch der Türkei, ihre geopolitische Agenda durchzudrücken», sagte der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis. Die Türkei sei nun «offiziell zum Schlepper geworden» und missbrauche verzweifelte Menschen. Griechenland aber werde sich nicht erpressen lassen, so der Christdemokrat.

Flankiert von Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel richtete Mitsotakis eine Botschaft an die Menschen im türkisch-griechischen Grenzgebiet: «Versucht nicht, nach Griechenland zu kommen. Es wird euch nicht gelingen». Gemäss Mitsotakis haben die griechischen Sicherheitskräfte in den vergangenen Tagen 24 000 Grenzübertritte verhindert.

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen dankte dem Griechen dafür, dass er sein «Schild» über Europa halte. Griechenlands Grenzen seien auch EU-Grenzen. «Jene, welche die europäische Einheit zu testen versuchen, werden scheitern», so von der Leyen kämpferisch in Richtung Türkei.

Die Regierung in Ankara gibt sich seit der Grenzöffnung in der vergangenen Woche allerdings ebenso kompromisslos. Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die Ankunft von mehreren Millionen Flüchtlingen an den EU-Grenzen angekündigt, ein Gipfeltreffen mit den Nachbarstaaten und EU-Mitgliedern Griechenland und Bulgarien abgelehnt und das Angebot einer EU-Hilfszahlung von einer Milliarde Euro ausgeschlagen. Erdogan will militärische und politische Hilfe des Westens in Syrien und mehr EU-Unterstützung bei der Versorgung von Flüchtlingen in der Türkei selbst erzwingen.

700 Millionen Euro, um die Grenze zu sichern

Ankara verlangt westliche Hilfe bei der Einrichtung einer «Schutzzone» in Idlib, um die rund eine Million Flüchtlinge in der Provinz von einem Marsch in die Türkei abzuhalten. Ausserdem wirft der türkische Präsident der EU vor, ihre Zusagen aus dem Flüchtlingsabkommen von 2016 nicht eingehalten zu haben. So seien die damals versprochenen sechs Milliarden Euro noch nicht bezahlt worden – dagegen sagt Brüssel, das Geld sei genehmigt, werde aber nicht auf einen Schlag, sondern nach

und nach ausbezahlt, etwa in Form der Gehälter von Mitarbeitern laufender Hilfsprojekte für Flüchtlinge.

Der Besuch des EU-Spitzentrios im griechischen Grenzbezirk Evros hatte nur ein Ziel: Solidarität mit Athen demonstrieren. Von der Leyen stellte 350 Millionen Euro Soforthilfe und weitere 350 Millionen Reserve in Aussicht. Zusätzlich sicherte sie Schiffe, ein Flugzeug und die Aufstockung des bereits anwesenden Frontex-Personals zu. Unter keinen Umständen soll sich wiederholen, was 2015 passiert war: Alleingelassen von den EU-Partnern, öffnete Griechenland die Grenzen und winkte die Schutzsuchenden Richtung Westeuropa durch. In etlichen EU-Staaten, allen voran Deutschland, leidet die Politik noch heute unter diesem Kontrollverlust. «Wir haben bewiesen, dass wir den Job tun können», versicherte hingegen Mitsotakis.

Tatsächlich: Dass die Griechen die Grenzen schützen können, daran besteht kein Zweifel. In den sozialen Netzwerken machen Videos und Bilder die Runde, wie anstürmende Menschen mit Tränengas und Blendgranaten aufgehalten werden. Ein Video zeigt, wie ein Schiff der griechischen Küstenwache ein Schlauchboot voller Migranten



Migranten im türkisch-griechischen Grenzgebiet.

Parlamentarier fordern Eingreifen der Schweiz

Die Forderungen reichen von vermehrter Aufnahme hin zu mehr Grenzschutz und humanitärer Hilfe vor Ort.

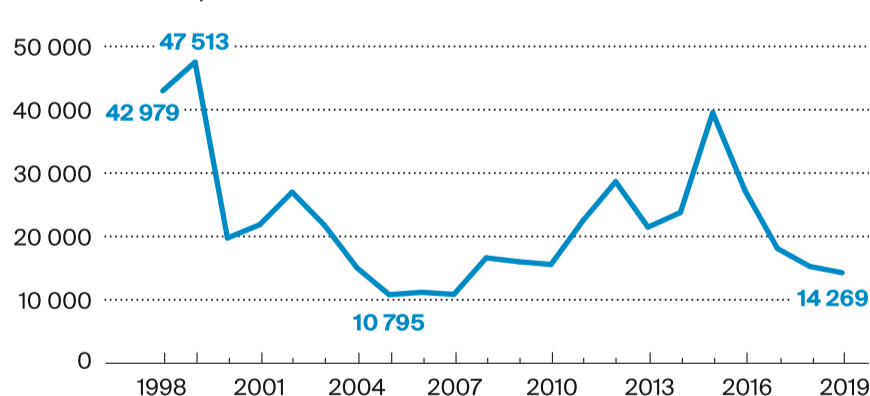
Asylpolitik Tausende Flüchtlinge harrten in diesen Stunden an der türkisch-griechischen Grenze aus, Hunderte versuchten, die Schranken zu passieren, die griechischen Behörden reagierten mit Panik und Tränengas. Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex warnt vor «Massenmigrationsströmen».

Manon Schick, Geschäftsführerin von Amnesty International Schweiz, hält die Situation für Flüchtlinge in Griechenland für untragbar. Sie fordert den Bund dazu auf, sich um in Griechenland gestrandete Flüchtlinge zu kümmern und selber ein Asylverfahren für diese Personen durchzuführen. Schliesslich ermuntert sie den Bundesrat, Kontakt mit dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge aufzunehmen. «Dieses könnte die Flüchtlingeigenschaften der Personen vor Ort abklären.» Die Schweiz solle danach Kontingentflüchtlinge aufnehmen.

Die Hälfte der Flüchtlingsbetten ist derzeit noch frei

Schick sieht die Schweiz umso mehr in der Pflicht, als es in den Bundesasylzentren noch sehr viel freie Plätze gebe. Derzeit sind dort rund 2200 Betten belegt, Platz hätte es für knapp 4000 Personen. «Die freien Unterbringungskapazitäten werden als Schwankungsre-

Total Asylgesuche in der Schweiz pro Jahr



Quelle: SEM; Redaktion: sg; Grafik: Isi

serve für einen möglichen Gesuchsanstieg benötigt», sagt ein Sprecher des Staatssekretariats für Migration. Die Schweiz zeige sich in Bezug auf die Lage in Griechenland sodann bereit, Anfragen zur Aufnahme besonders verletzlicher Personen wie unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender im Rahmen der bestehenden Dublin-Bestimmungen zu prüfen.

Die Krise werde von Tag zu Tag schlimmer, sagt derweil Nationalrätin Greta Gysin (Grüne/TI). Die griechischen Behörden seien mit der Lage of-

fensichtlich überfordert, so das Mitglied der staatspolitischen Kommission. «Deshalb ist nun eine Direktintervention der Schweiz nötig», sagt Gysin. Man habe entsprechende Fragen an den Bundesrat eingereicht – insbesondere, wie dieser die Lage einschätzt und welche konkreten Massnahmen geplant seien. Man müsse sich nun auf die humanitäre Tradition der Schweiz berufen und aktiv zur Beruhigung der Lage beitragen. Konkret fordern die Grünen, dass das Schweizerische Korps für Humanitäre Hilfe vor

Ort geschickt wird und die Schweiz minderjährige Flüchtlinge in höherer Anzahl und mit Hilfe von schnelleren Verfahren in die Schweiz holt. «Wenn die Flüchtlingsströme kämen, wäre die Schweiz vorbereitet», ist Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) überzeugt. Von einem Ansturm auf die Schweiz gehe er nicht aus. «2015 hat man in den Nachbarländern noch eine liberale Flüchtlingspolitik verfolgt, im Moment ist jedoch das Gegenteil der Fall», sagt Caroni. In der Tat fahren die europäischen Staaten eine Politik der geschlossenen Grenzen. Man müsse nun endlich den europäischen Verteilschlüssel sauber regeln, finanzielle Unterstützung für humanitäre Hilfe vor Ort leisten sowie das Grenzkorps Frontex unterstützen, die Grenzen besser zu schützen.

Nationalrat Andreas Glarner (SVP/AG) betont, man müsse die Ströme mit allen Mitteln abwehren. Und sagt: Der Bundesrat sei ungenügend auf die Problematik vorbereitet. «Es existiert im Moment kein genügend gutes Konzept, um die Grenzen zu sichern.» Man müsse das Problem in den Ursprungsländern angehen. Er zieht in Betracht, die finanziellen Mittel der Schweiz aufzustocken, die diesbezüglich an die EU fliessen.

Anna Miller und Kari Kälin